

werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Hr. Ad. Schles, Hofflieferant,  
Gr. Gerber & Co., Breitestr. 6,  
Otto Lickisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:  
F. Hachfeld für den politischen  
Theil, A. Beer für den übrigen  
redaktionellen Theil, in Posen.

werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen, bei unseren  
Agenturen ferner bei den  
Annonsen-Expeditionen  
And. Noss, Haasenstejn & Vogler J.-G.,  
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Berantwortliche Redakteure:  
J. Klugkist  
in Posen.

# Posener Zeitung

Reunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 723

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zweimal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierzehn  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
 ganz Deutschland. Bezahlungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 15. Oktober.

1892

## Politische Übersicht.

Posen, 15. Oktober.

Vor einigen Tagen berichtete die „Posse. Ztg.“, die Reichsregierung sei gewillt, die einjährige Bewilligung der Präsenzziffer des Heeres zuzugeben; jetzt erklärt die „Kreuzztg.“, daß diese Nachricht, die von anderer Seite angefochten wurde, zutreffend war. Das konservative Blatt erwartet, daß dieser Schritt der Reichsregierung die konservative Opposition gegen die Vorlage stärken werde. Es wird infofern sich nicht täuschen, als diese Abweichung von einem unter der Regierung Kaiser Wilhelms I. verkündeten Dogma in konservativen Kreisen die Unzufriedenheit vermehren wird. Von da bis zu einer Opposition im Reichstage ist aber noch ein weiter Schritt, den die Konservativen nicht wagen werden, so lange sie annehmen müssen, daß der Kaiser mit dem Inhalt der Militärvorlage übereinstimmt.

Über den in Berlin versammelten Tabaksausschuß wird den „Münch. N. N.“ berichtet, daß sich von den einberufenen Sachverständigen die Majorität auf die Seite des preußischen Finanzministeriums geschlagen und nicht der Auffassung des Generaldirektors der Steuern in Preußen angeschlossen hat, wonach zur Erzielung größerer Reichseinnahmen lediglich fiskalische Erwägungen Platz zu greifen haben. Die Sachverständigen aus Bremen sind für den Schutz des Imports eingetreten und der Inhalt der Ausführungen der Herren aus dem preußischen Finanzministerium geht dahin, daß der deutsche Tabakanbau hohe Steuererträge verhindere, also beseitigt werden müsse. Indessen ist man im Reichsschatzamt zu der Erkenntnis gekommen, daß ein direktes Verbot des Tabakbaues in Deutschland nicht durchführbar ist, weshalb es sich lediglich darum handeln könne, den Tabakanbau in Deutschland auf indirektem Wege zu beseitigen. Herr Schomer, der preußische Generaldirektor der Steuern, ging z. B. über die Werthebung des Bodens bei verändertem Anbau und die Entschädigungspflicht des Staates sehr kurz hinweg, ja er hat sie geradezu negirt. Die Pfälzer Bauern sollen eben Kartoffeln bauen statt Tabak, lautete der Ausspruch des Herrn Schomer. Herr Miquel besteht auf einer sehr ausgiebigen Steuererhöhung, da er aus seiner Pfälzer Abgeordnetentätigkeit noch weiß, daß in einzelnen Tabaksbezirken die Bodenrente bis zu 14 Prozent beträgt, Herr Schomer hingegen verneint auf Grund des Umstandes, daß sich der Tabakanbau in anderen Districhen schlecht rentirt, die Existenzberechtigung des deutschen Tabakanbaus überhaupt. Der Anschauung der süddeutschen Pflanzer und der Tabakindustrie, die auch wohl in der bayerischen Regierung ein Echo finden wird, daß neben dem fiskalischen Standpunkt der Reichsregierung, der volkswirtschaftliche Geltung zu bekommen habe, ist wenig Entgegenkommen in Berlin gezeigt worden und auf die Anregung, die sozialpolitische Seite der gleichmäßigen Erhöhung von Zoll und Steuer recht gründlich zu beachten, hat Herr Schomer nur das Schlagwort „pari passu“; er will dem armen Mann die Peise groben inländischen Tabaks gerade so um 33 Prozent vertheuern wie dem Millionär die Havanna. Allerdings heilt der Schatzsekretär von Maltzahn anscheinend nicht den schroffen, ausschließlich fiskalischen Standpunkt Schomers und ist zu einem vorsichtigen, gründlichen Prüfen der ganzen Angelegenheit bereit. Leider ist diesem Trost ein Tropfen Wermuth beigemischt, indem mit dem Berichte auch die Befürchtung nach München übermittelt worden ist, daß Herr von Maltzahn möglicherweise die ganze Angelegenheit nicht mehr der amtlichen Erledigung entgegenführen wird. — Nach der Ministerkonferenz in München wird eine Deputation der bayerischen und pfälzischen Tabakspflanzer beim Kaiser vorstellig werden.

Auf eine Champagnerquelle ist beim eifriger Quellsuchen für neue Steuern jetzt Freiherr v. Maltzahn gestoßen. Wie die „Kölner Volksztg.“ aus Berlin erfährt, wird zum Besten der neuen Militärvorlage, wie schon mitgetheilt, auch eine Steuer auf deutsche Schaumweine geplant. — Bekanntlich unterliegen zur Zeit die ausländischen Schaumweine einem sehr hohen Zoll, welcher damals unter Berufung auf den nothwendigen Schutz der nationalen Arbeit eingeführt wurde. Eine Champagnersteuer auf inländische Produkte würde, bemerkte die „Freie. Ztg.“, mehr scheinen als sie finanziell bedeutet. Leider ist die Zahl der Champagnertrinker unendlich geringer als diejenige der Biertrinker und Tabakraucher. — Ein Tropfen auf den heißen Stein! Freilich würden dadurch auch die Militärfasinos der Militärvorlage einigermaßen tributpflichtig werden.

Die Aufstellung eines antisemitischen Kandidaten im

Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg in der Person des Rektors Ahlwardt hat wie die „Kreuzztg.“, so auch den „Reichsbote“ sehr betrübt, trotz der Freundschaft, die beide Blätter mit den Antisemiten verbindet. Der „Reichsbote“ bringt heute eine zwei Spalten füllende Semirade über die Läufigkeit der Konservativen, die mit folgenden bezeichnenden Sätzen schließt:

„Wir möchten oft vor Scham in den Boden sinken und es erfaßt uns ein tiefer Schmerz, wenn wir sehen, wie die Sozialdemokraten und Demokraten in hingebender Weise für ihre falschen Theorien arbeiten — und die Konservativen, die Vertreter der christlichen und konservativen Ideen thun nichts, sehen zu, wie das Volk von ihnen wegläuft und ergehen sich in müßigen Klagen und Anklagen, statt sich zu frischer Arbeit aufzuraffen. Es liegt wie ein Bann und Gericht auf uns, daß das Gute so schwach und das Schlechte so stark ist! Das muß zum Niedergang führen. Raffen wir uns auf, ehe es zu spät ist!“

Der „Reichsbote“ ist wohl selbst innerlich überzeugt, daß seine Parteigenossen sich nicht aufraffen werden. Er hat selbst die Antisemiten als wertvolle Bundesgenossen gehätschelt und gepflegt und schimpft noch immer in jeder Nummer auf die Juden; die Boeckel und Ahlwardt verstehen aber das Schimpfen noch besser und so haben sie den größeren Zulauf.

Eine Änderung des Preßgesetzes ist, wie die „Post“ abermals versichert, tatsächlich in Aussicht genommen, und zwar handelt es sich dem genannten Blatte zufolge um Punkt 3 des § 23, der von der Beschlagnahme handelt. Der betreffende Punkt lautet:

„Eine Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung findet nur statt, 3. wenn der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer der in den §§ 85, 95, 111, 130 oder 184 des deutschen Strafgesetzbuches mit Strafe bedrohten Handlungen begründet, in den Fällen der §§ 111 und 130 jedoch nur dann, wenn dringende Gefahr besteht, daß bei Verzögerung der Beschlagnahme die Aufforderung oder Anreizung ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben werde.“

§ 111 des Strafgesetzbuches belegt mit Strafe denjenigen, welcher zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert und diese Aufforderung, die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat. § 130 verfügt Strafe über den, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthäigkeiten gegen einander öffentlich aufreizt. — Hierach hat es fast den Anschein, als wenn die Vermuthung einiger Blätter, es handle sich dabei um eine Wiedereinführung des Sozialistengesetzes auf Umwegen, richtig wäre.

Aus Breslau wird der „Nat. Ztg.“ gemeldet, seit einer Woche herrsche im oberschlesischen Kohlenrevier erheblicher Wagenmangel; vorgestern seien nur zwei Drittel der verlangten Wagen gestellt worden; die Kalamität sei um so empfindlicher, als sie ohne ersichtliche Veranlassung ganz unerwartet eingetreten sei; der Kohlenverkehr habe in letzter Zeit eine nennenswerthe Steigerung keineswegs erfahren. Nach den amtlichen Nachweisen sind, wie wir hinzufügen wollen, vorgestern in Oberschlesien 3807 gestellt und 515 nicht rechtzeitig gestellt worden; von gestern sind die Zahlen noch nicht veröffentlicht. Auch im Ruhrkohlengebiet sind vorgestern nicht alle Wagen gestellt worden, es fehlten allerdings nur 52, während 10 861 gestellt wurden. Vielleicht hängt die Erscheinung mit der auf den Eisenbahnen eingeführten Sonntagsruhe zusammen.

Der „Figaro“ bringt ein Interview mit dem Baron Reille, dem Präsidenten der Gesellschaft von Carmaux. Derselbe versichert natürlich hoch und thener, daß politische Rücksichten bei der Entlassung Calvignac's nicht im Mindesten obgewaltet haben. „Wir haben ein sehr einfaches Mittel“, sagte er, „um die Behauptung unserer Gegner, wir hätten einen uns politisch lästigen Arbeiter seines Brotverdienstes beraubten wollen, als eine Verleumdung darzuthun. Wir brauchen nämlich dem von uns verabschiedeten Arbeiter nur die Mittel zu gewähren, seine Existenz außerhalb des Bergwerks zu finden. Wir fragen: Ist die Gemeinde von Carmaux bereit, von unserer Gesellschaft eine Subvention in Empfang zu nehmen, welche ihr gestattet, ihrem Maire die Existenz zu garantiren, nachdem sie ihn gewählt hat, wo sie will, und sei es selbst aus den Aermsten der Gemeinde? Wenn die Gemeinde von Carmaux zustimmt, sind wir zu dieser Konzession bereit... Alle diese Dinge hätten übrigens schon längst geregelt werden können, wenn das Strike-Komitee der Aufforderung zu einer Konferenz zwischen Vertretern der Gesellschaft und des Komitees Folge geleistet hätte, die wir in unserer letzten Verwaltungsrathssitzung an dasselbe gerichtet hatten.“ Über den Vorschlag der Beurlaubung Calvignacs spricht sich Baron Reille folgendermaßen aus: „Die Vermittler kommen zu uns und sagen: Seien Sie vernünftig. Da ist ein schlechter Arbeiter, welcher die Ursache alles Übelns und aller

Inserate, die sechsgespaltene Zeitung oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., auf der bevorzugten Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Berantwortliche Redakteure:  
J. Klugkist  
in Posen.

Deutschland.  
Berlin, 14. Oktober.

— Der Kaiser hat 50 000 M. zum Ankauf der Christuskirche in Berlin angewiesen.

— Zu der am 13. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates machte der Vorsitzende, Staatssekretär v. Bötticher von der durch den Kaiser erfolgten Ernennung der Mitglieder der Ausschüsse für das Landheer und die Festungen und für das Seewesen Mitteilung. Hierauf fand die Bildung der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, für Justizwesen, für Rechnungsweisen, für die auswärtigen Angelegenheiten, für Elsaß-Lothringen, für die Verfassung und für die Geschäftsvorordnung durch Auktionswahl statt. Der Antrag Anhalts, betreffend die Abänderung des Salzsteuerverwaltungskosten-Gesetzes für Anhalt wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungsweisen zur Beratung überwiesen. Mit der beantragten Erweiterung des Zollausschusses zu Bremerhaven und der vorschlagenen Abänderung der in der Verkehrsordnung enthaltenen Bestimmungen über die Beschaffenheit des Papiers zu Eisenbahn-Trachtbriefen erklärte sich die Verfassung einverstanden. Endlich wurde über die dem Kaiser wegen Biederbeziehung erledigter Stellen im Reichsbank-Direktorium, sowie beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorbrüche und über das Rekursgebot eines Reichsbeamten gegen seine unfreiwillige Beziehung in den Ruhestand Becluz geäbt.

— Zur Militärvorlage bemerkt der „Borw.“:

Die Militärvorlage kann seitens der Sozialdemokraten nur rein prinzipiell aufgegriffen werden. Die Diskussion der einzelnen Punkte des neuen, in immer deutlicheren Umrissen hervortretenden Regierung-Plans hat für uns nur untergeordnetes Interesse. Das Eine steht fest, die neue Vorlage beweist eine Stützung des Militarismus und daher muß sie von uns mit dem Aufgebot aller Kräfte bekämpft werden. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit und der jährlichen Bewilligung ist nebensächlich. Wir wollen den Militarismus nicht mit und nicht ohne die zweijährige Dienstzeit, wir wollen ihn nicht mit und nicht ohne die einjährige Bewilligung, in jeder Form ist der Militarismus vom Nebel, in jeder Form und unter jeder Bedingung müssen wir ihn unversöhnlich und unablässig bekämpfen.

— Verschiedene Blätter hatten an eine Privataudienz, welche Graf Kanitz beim Papst im April d. J. hatte, Glossen geknüpft, welche denselben veranlaßten, der Kirch. Korr. für die Tagespresse“ eine Richtigstellung zugehen zu lassen, welche einige interessante Thatsachen berichtet:

„Es handelt sich um eine jener Generalaudienzen, welche der Papst alle Donnerstag um 12 Uhr im Vatikan den sich durch Vermittelung ihrer Gesandten dazu melbenden Fremden — fast immer über 100 an der Zahl — zu gewähren pflegt. Auch ich folgte am Donnerstag, den 21. April cr, mit meinen Begleiterinnen der bezüglichen Einladung, und wurden wir durch einen Hofbeamten um 12 Uhr bei den schon vor uns eingetroffenen Geladenen vorüber durch mehrere der vom Papst bewohnten Säle an das Ende der langen Reihe derselben geführt, wo noch einige Sitze frei waren. Wir nahmen Platz und erwarteten nun das Eintreten des Papstes. Statt des Papstes aber trat nach etwa zehn Minuten schweigenden Harrens aus der nämlichen Thür, aus welcher der Eintritt seines Gebieters erwartet wurde, dessen „maestro di camera“ (Oberhofmarschall) ein und forderte mich auf, mit den Meingingen ihm zu folgen. Wir achteten, ohne zu wissen, um was es sich handle, und traten in den Nebensaal, in dem sich einige Hofbeamte und Würdenträger befanden. Eine bis dahin geschlossene Flügelthür wurde durch Hoflaien geöffnet und mir durch eine Handbewegung des Hofmarschalls bedeutet, einzutreten. Dies geschah und wir befanden uns in einem verhältnismäßig kleinen Gemach einem Greise ehrwürdigem Aussehen in schneeweißem Haar gegenüber, welcher in Amtstracht auf einem um eine Stufe erhöhten Lehnsessel saß. Dies konnte nur der Papst sein. Wir näherten uns ihm in der durch das Hofzeremoniell vorge schriebenen Weise, worauf er auf fünf zu beiden Seiten aufgestellte Sessel hinwies. Wir nahmen Platz, noch immer ohne zu ahnen, welchem Umstände wir den Vorzug eines unerbetenen persönlichen Empfanges verdankten, als wir durch die ersten Worte Leo XIII. (in französischer Sprache) darüber aufgeklärt wurden. Sie lauteten etwa: Ich habe, seit ich erfahren, daß Sie eine preußische Familie seien, mir die Freude nicht versagen wollen, Sie persönlich zu sprechen; denn ich bin ein aufrichtiger Freund Ihres Vaterlandes und ein inniger Verehrer Ihres unvergleichlichen Kaisers Wilhelm I. und seiner nun auch bestiegengenommenen Gemahlin, der Kaiserin Augusta. Es ist mir eine Freude, dies Ihnen auszusprechen, die Sie ja beide, wie mir (ohne Zweifel) durch den uns seit langen Jahren befreundeten preußischen Gesandten (im Vatikan) geagt wurde, Jahre hindurch den hohen Entschlaf en in unmittelbarem Dienstverhältnis nahe gestanden haben.“ Darauf sprach er von einem Portrait des Kaisers, das ihm seine Gemahlin bald nach seinem Ableben gesucht, welches ihm

n seinem Zimmer stets unter Augen und das Erste gewesen sei, was er seinem Enkel, dem jetzt regierenden Kaiser gezeigt habe, als dieser vor einigen Jahren ihm die Freude seines Besuchs gemacht. Dann auf unsere Reisepläne und Erlebnisse in Italien, die beabsichtigte Dauer unseres Aufenthaltes in Rom und unsere hier empfangenen Eindrücke mit Interesse eingehend, entstieß uns Papst Leo XIII. mit leicht segnender Handbewegung, worauf wir uns nach denselben Ceremoniell, wie wir gekommen, zurückzogen, um an den noch immer der Generalaudienz harrenden vorüber zurückgeleitet zu werden.

Eine feierliche Einführung des Oberbürgermeisters Zelle in sein neues Amt unterblieb mit Rücksicht darauf, daß derselbe erst im vorigen Jahre als Bürgermeister feierlich eingeführt wurde.

Für Dr. Struck ist Justizrat Meyer als Stadtvorordneten-Vorsteher in Berlin in Aussicht genommen.

Wegen der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung hat die Versammlung von Vertrauensmännern und Abgeordneten der rheinischen Zentrumspartei, welche am Mittwoch in Köln tagte, beschlossen, schon jetzt den Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei zu erneuern. Zugleich wurde betont, daß es dringend nötig sei, auch in den einzelnen Wahlkreisen die Kreis-Wahlkomitees baldmöglichst wieder zu ergänzen bzw. zu erneuern, namentlich die Vorstände zu bestimmen, damit bei unvorhergesehnen Fällen die Zentrumspartei nicht überrascht werde, sondern in ihrer Organisation geschlossen sei.

Wie die „Frei. Ztg.“ hört, besteht in Wiesbaden ein Reserve-Offizier-Kabinett, wie es jetzt für Berlin geplant wird, schon seit Jahren. Während aber in früherer Zeit diese Vereinigung nur eine Anzahl „Liebesmäuse“, Festessen und Kränzchen arrangierte, ist seit einigen Jahren ein wirkliches, abgeschlossenes Kasino in ständig gemieteten, mit eigenem Mobilistar versehenen Räumen errichtet.

Aus Thorn wird berichtet: Der hier wellende Korvettenkapitän Rüdiger erklärte, er werde keinesfalls der Nachfolger des Gouverneurs Frhr. von Soden in Ostafrika werden.

### Oesterreich-Ungarn.

\* Pest, 14. Okt. Im auswärtigen Ausschuss der ungarischen Delegation sprach der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, seine Genugthuung und seinen Dank für die freundlichen Worte der Billigung aus, die sowohl der Referent als auch die übrigen Mitglieder der Delegation zu seinen Darlegungen ausgesprochen hätten. Es sei allerdings schwer für ihn, ohne langweilig zu werden, über die auswärtige Lage etwas anderes zu sagen, als was bereits im österreichischen Ausschusse von ihm gesagt worden sei. Fortwährend wiederholte friedliche Versicherungen könnten zur Beweise werden; dies sei dann nicht geeignet, die Friedenszufriedenheit zu verstören. Was den Dreieck betreffe, so lasse sich nicht in Abrede stellen, daß er Gegenstand der Anfeindungen von mancher Seite sei. Eben darum könnten die warmen Worte, welche im Ausschusse sowohl bezüglich des Grundprinzips als des Ausbaues der Entwicklung und der Resultate dieses Bündnisses gehörten, nur von den besten Wirkungen begleitet sein. Die Minister könnten nur wiederholen, daß hinter diesen Bündnissen nichts Verdecktes lauere. Es sei ein klarer Bund mit defensiven Zwecken zur Sicherung der beteiligten Staaten. Anfänglich seien allerdings mehrfach Zweifel laut geworden, ob heutzutage Bündnisse ausschließlich zu Friedenszwecken geschlossen werden könnten. Jetzt seien die Zweifel fast ganz verschwunden. Die Bevölkerung habe bei dem wachsenden Gefühl der Verhüllung die Überzeugung gewonnen, daß unter dem Schutze dieses Bündnisses die Entwicklung ihrer vielen materiellen Interessen, trotz mancher politischer Unsicherheiten, ungefährt und erfolgreich gefördert werden können. Er sei überzeugt, daß dieses Bündnis auch

in Zukunft sich als ein gutes und den Interessen des Landes entsprechendes erweisen werde. Es sei wohl richtig, daß ein durch Jahrzehnte dauernder Bündnisvertrag im Voraus nicht für alle möglichen Fälle der Zukunft Vorsorge treffen könne, allein der Umstand, daß die Theilnehmer am Dreieck in steter freundschaftlicher Fühlung ständen, am Geiste desselben treu festhielten und sich in diesem völlig eingelegt hätten, sei ein beachtenswerther Faktor für alle Eventualitäten. Daher könne auch der Zukunft mit Beruhigung und vollem Vertrauen entgegengesehen werden. Was die vom Grafen Apponyi angeregte Frage betreffe, ob eine Fortdauer der guten Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu England und den anderen Mächten zu hoffen sei, so könne er nur erklären, daß er diese Hoffnung habe, weil die Fortdauer dieser Beziehungen nicht nur im Interesse Oesterreich-Ungarns, sondern auch in dem Interesse der anderen beteiligten Mächte stehe. Er könne bezüglich des Verhaltens einer fremden Regierung allerdings keine bestimmte Erklärung abgeben, nach seiner Kenntnis der Verhältnisse aber und nach der Art und Weise, wie die bisherige auswärtige Politik der englischen Regierung von der Bevölkerung Englands gebilligt worden sei, halte er die Erwartung für gerechtfertigt, daß der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten in England, welcher obendrein bereits einmal Gelegenheit gehabt habe, als Leiter der auswärtigen Politik zwischen zwei Tyrregierungen die Kontinuität dieser Politik zu beibehalten, auch jetzt an den großen Linien derselben festhalten werde. Das sei seine Meinung, wenn er auch begreiflicherweise für die Intentionen einer fremden Regierung keine Garantie übernehmen könne. Was Serbien betrifft, theile er durchaus den Wunsch, daß es dort endlich zu stabilen Verhältnissen kommen möge. Er habe nicht den geringsten Grund zu befürchten, daß die bisherigen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu diesem Nachbarlande eine Trübung erfahren würden, und halte sich eher berechtigt, das Gegentheil anzunehmen. Bezüglich Rumäniens sage der Minister die von Graf Apponyi angeregte Frage sei sehr heikel. Kalnoky fuhr fort: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der König und die Regierung Rumäniens uns gegenüber eine durchaus korrekte Haltung einzunehmen beabsichtigen. Es mag aber nicht immer leicht sein, nationale Störungen entgegen zu treten und wenn in der Nachbarschaft sich Vorfälle ereignen, die uns unangenehm berühren, so muß man immer kalten Blutes erwägen, was besser ist, aus diesen Verhältnissen viel Aufhebens machen oder dieselben ruhig vorübergehen lassen, wo sie dann meist im Sande verlaufen. Der von dem Grafen Apponyi erwähnte Fall bezüglich des dortigen Kulturbvereins sei ihm (dem Minister) nicht bekannt. Wohl aber habe er Kenntnis von einigen anderen Unzulänglichkeiten erhalten, welche nicht unerträglich bleiben könnten, und das Auswärtige Amt habe auch bezüglich dieser Fälle jedesmal reklamiert und wie der Minister befürchten könne, nicht ohne Erfolg. Leider seien es zumeist eigene Staatsangehörige, welche jenseits der Grenze derlei Unannehmlichkeiten bereitstellen.

Was die von dem Referenten angeregte Frage über den jüngsten diplomatischen Schritt Russlands in Konstantinopel betreffe, so müsse er (der Minister) zunächst bemerken, daß es sich hier nicht um eine offizielle Note, sondern um eine von der russischen Regierung an ihre Vertreter gerichtete und der Botschaft mitgeteilte Depesche handele. Das sei allerdings eine geringfügig erscheinende Nuance, allein es begründet doch einen gewissen Unterschied, da dies die vertrauliche Form der Mitteilung zwischen zwei Regierungen sei. Derlei Depeschen pflegten anderen Regierungen offiziell nicht mitgeteilt zu werden; so habe denn auch das auswärtige Amt seine amtliche Kenntnis von der in Rede stehenden russischen Demarche. Es liege daher weder für die Regierung noch für irgend einen Anderen eine Veranlassung vor, sich darüber zu äußern, und zwar vorerst um so weniger, als was wohl das Erste sei, die Botschaft selbst noch keine Antwort erlassen zu haben scheine. Besondere Erklärungen in dem vom Referenten angedeuteten Sinne seien

übrigens Seltens Oesterreich-Ungarns bei der Botschaft deshalb nicht nothwendig, weil dort nicht der geringste Zweifel über die diesseitige Auffassung der bulgarischen Angelegenheiten bestehen könne. Die Regierung habe der Botschaft sowohl wie Bulgarien jeder Zeit angerathen, im eigenen wohlverstandenen Interesse möglichst gute Beziehungen zu pflegen und namentlich Bulgarien empfohlen das Verhältnis zum Suzerän zu achten. Bei den wohlwollenden Gesinnungen des Sultans für das Fürstenthum sei nicht daran zu zweifeln, daß dessen gegenwärtige freundliche Stimmung und die befriedigenden Beziehungen Bulgarien zu der Botschaft von Dauer sein würden. Ein direktes Eingreifen in dergleichen diplomatischen Zwischenfällen habe immer zwei Seiten. Es sei leicht eine Depesche zu schreiben, aber durch einen solchen Schritt werde dann oft die Angelegenheit erst recht aufgebaut, welche sonst zu feinerlei weiteren Konsequenzen führt hätte. Ob und was andere Mächte bezüglich des russischen Vorgehens in Konstantinopel gethan hätten, davon habe er keine Kenntnis. Er glaube aber nicht, daß irgendwo der Wunsch bestehe, sich in diesen Schriftwechsel zwischen Russland und der Türkei einzumischen.

Hierauf sprach der ungarische auswärtige Ausschuss dem Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky sein volles Vertrauen aus, nachdem der Minister über die Verhältnisse in Bulgarien, Rumänien und Serbien, sowie über die letzte russische Note an die Botschaft und die Politik Englands erstaunliche Auskunft gegeben hatte. Auf die Anfrage des Referenten fand betreffend die Ansichten der Reichsregierung bezüglich der Haltung der Botschaft gegenüber Bulgarien erwähnte Graf Kalnoky, die Botschaft kenne die Ansichten Oesterreich-Ungarns. Er gedenke daher keinen weiteren Schritt zu unternehmen.

### Großbritannien und Irland.

\* London, 14. Okt. Nach dem „Daily Telegr.“ ist in Wien eine Verständigung beider Kaiser dahin erfolgt, daß das Ergebnis der neuen Militärvorlage in Berlin von den Bundesgenossen nicht zu ignorieren sei.

London, 14. Okt. Hinsichtlich der Expedition, welche aus London auf dem Dampfer „Pembroke Castle“ abgegangen ist, um das Terrain der den Herren Dr. Scharlach und Bichmann verliehenen und von diesen der deutschen Südwestafrika-Gesellschaft übertragenen Konzession zu erforschen, ist das „Reuter'sche Bureau“ ermächtigt, die in der deutschen Presse verbreiteten Nachrichten entschieden zu demontieren, nach welchen Sir Donald Currie mit demselben Dampfer eine Anzahl gutausgerüsteter Leute unter dem Befehl eines in seinem Dienste befindlichen Ingenieurs zur Besetzung der Otavi-Mine abgesandt habe und die deutsche Expedition bei ihrer Ankunft die Otavi-Mine von bewaffneter Macht besetzt finden werde, sowie daß Donald Currie seinen Vertretern in Südwestafrika Instruktionen ertheilt habe, die Engländer aufzuwecken und dem Bormarke der deutschen Expedition mit Gewalt entgegenzutreten. Donald Currie ermächtigt das „Reuter'sche Bureau“, in Deutschland zu erklären, daß diese drei Behauptungen vollständig erfunden sind.

### Zur Choleraepidemie.

Berlin, 14. Okt. Heute ist die Zahl der in den Beobachtungsstationen des Krankenhauses Moabit befindlichen Personen auf 29 gefallen. Darunter befindet sich eine Person, welche in Laufe der letzten 24 Stunden eingeliefert worden. Wie seiner Zeit berichtet, befand sich unter den als choleraverdächtig aus dem Ruhrgebiet übergeführten choleraverdächtigen Personen eine, bei der Unterleibstypus festgestellt wurde. Dieser, ein Mann, Namens Miller, ist Freitag Morgen im Krankenhaus gestorben.

### Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 14. Oktober.

Der Leichtsinn, die gedanken- und gewissenlose Spekulationslust und die platte Unwissenheit, mit der in Berlin Theater begründet werden, hat sich nun gerächt: der Krach ist da. Gestern hat der Direktor der „Neuen deutschen Oper“ sein Theater, seine Mitglieder und seine Gläubiger im Stiche gelassen und hat an der Seite eines ihm treu gebliebenen weiblichen Mitgliedes seiner Bühne das Weite gesucht. Wir sind an dieser Stelle jener und wiederholte der Ansicht entgegentreten, daß in Berlin neben der Hofoper und Kroll noch eine dritte Bühne möglich sei. Die „Neue deutsche Oper“ hat sich zwar ein paar Wochen gehalten, aber eben nur dadurch, daß die Direktion die ihr anvertrauten Käutionen unterschlug, die Spiehonorare schuldig blieb, die kleinen Gagen unpünktlich zahlte und wo es irgend ging, Geld zusammenpumpte. Die Darstellerin der „Pandora“ hat nicht nur ihre Gage, sondern auch 1000 Markhaar verloren; selbst von einem Kellner des Cafés Bauer hat Direktor Junkermann jr. 2000 Mark geborgt. Daß dieser Herr Direktor ein so leichtsinniger Lump ist, seine Frau und Familie im Stich läßt und seinen wackeren Vater, den Reudardsteller Junkermann, der hier im Thomas-Theater ohnedies schon einen schweren Stand hat, finanziell hart schädigt — das liegt ja nicht nothwendig in den Konsequenzen des unbekannten Theaterunternehmens — diese Charaktereigenschaften des jungen Herrn Junkermann sind ein zufälliges Alcedenz, aber sie zeigen doch, welchen Elementen das Schicksal der Schauspieler anvertraut ist.

Brotlos geworden waren schon vor dem Krach des Herrn Junkermann die Opernmitglieder dieser Bühne: man hatte ihnen gekündigt, weil die „Neue deutsche Oper“ nur noch Ballett und Ausstattungstück pflegen wollte. Es besteht nämlich, wie bekannt, in allen Kontrakten die Bestimmung, daß ein Schauspieler nach dem ersten Monat seines Engagements gekündigt werden kann. Darin lag ursprünglich eine gewisse Berechtigung: ein Schauspieler, den man auf seinen Ruf hin engagiert hatte, konnte missfallen. Aber hier in der „Neuen deutschen Oper“ liegt die Sache anders. Die Opernmitglieder sind entlassen worden, nicht weil sie missfallen haben, sondern weil die in Unkenntnis und Leichtsinn unternommene Opernbühne ein Unding war. Die Schauspieler also müssen die Schuld des Direktors ausbaden. Sie werden existenzlos, denn jetzt bei der vorgeschrittenen Saison ist nicht daran zu denken, daß sie noch Engagements finden.

Und nun handelt es sich nicht allein um die entlassenen Leute der „Neuen deutschen Oper“ — hinzukommt noch das

Operettenpersonal des pomphaft von der Presse bejubelten „Theaters Unter den Linden“ und gegen 30 Schauspieler und Schauspielerinnen des Wallner-Theaters. Direktor Lesser ist von Provinzbühne zu Provinzbühne gereist und hat was ihm gefiel nach Berlin verschleppt. Er hat die Leute aus ihren bescheidenen, aber sicheren Provinzstellungen herausgerissen. Sie haben auf eigene Kosten nach Berlin reisen und hier zwei Wochen lang ohne Gage Proben mitmachen müssen. Direktor Lesser, der in Pest eine Operettenbühne mit viel weiblichem Personal und viel militärischem Publikum gehabt hat, von den Anforderungen aber, die an eine Berliner Bühne gestellt werden, nicht die geringste Ahnung hat, bringt mit der ihm eigenen, von keiner Sachkenntnis getriebten Naivität ein paar Vorstellungen heraus, die natürlich Fiasko machen müssen. Flugs verläßt der Herr Direktor seine klassischen Ziele und lenkt in die Gefilde der Posse ein, für die er in den älteren Mitgliedern des Wallner-Theaters vorzügliche Kräfte besitzt. Dafür aber, daß er leichtfertig, ohne Studium der Berliner Verhältnisse, ohne ernsthafte Vorbereitungen die Saison so kläglich eröffnet hat, dafür müssen nun die ca. 30 für das klassische Drama engagirten Schauspieler büßen: sie werden eben einfach mit einer Monatsgage entlassen. Nun stehen sie fremd in ungewohnter Umgebung und sind auf die Unterstützung der besser situierten Kollegen angewiesen. Die Rückkehr in ihre früheren Verhältnisse ist ihnen unmöglich — wenn nicht ein Wunder geschieht, verfallen auch sie dem großen Schauspieler-Proletariat, das durch die Theaterschulen z. künstlich großgezogen ist.

Wie ungeschickt und gedankenlos das Theaterunternehmen der Herren Ronacher angelegt war, haben wir mit übel bemerkter Entschiedenheit von Anfang an ausgeführt. Nun, dieses auf die für die „nackten Thatsachen“ empfängliche Lebewelt spekulirende Theater, das einige meiner Herren Kollegen als eine Krönung der Weltstadt Berlin, als eine theatergeschichtliche Erscheinung begrüßt haben, hat nach vier Wochen seiner Tätigkeit bereits sein Operetten-Personal brotlos gemacht. Es sucht sein Heil jetzt nur noch im Ballett und in „Spezialitäten“. So ist es gekommen, daß jetzt ca. 150 vor Kurzem noch engagirte Schauspieler in Berlin stellungslos geworden sind. Die Zeitungs-Reklamen für die Herren Ronacher währen aber fort, besonders nachdem neulich auch das Hotel „Lindenhof“, das zum Ronacherschen Unternehmen gehört, mit reichlicher Speise und noch reichlicherem Trank von einigen Reportern eingeweiht worden ist . . .

Die Bühnengenossenschaft thut nicht viel, um dieser rücksichtslosen Behandlung ihrer Mitglieder zu begegnen. Auf ihren Kongressen werden viel schöne Reden gehalten, auf dem letzten ist auch die Fremdwörterfrage viel erörtert worden, auch ein Vortrag des Sonntag-Nachmittags-Predigers Bossart

über einheitliche Aussprache auf deutschen Bühnen wird in letzter Zeit viel diskutirt. Aber wir vermissen ein entschiedenes Vor-gehen gegen diejenigen Direktoren, die ihr Gewerbe ausüben zwar ohne gegen den Wortlaut der Kontrakte zu verstößen, aber doch mit brutalem Egoismus, mit einer Rücksichtslosigkeit, wie sie sonst kein anderer Großkapitalist wagen würde. Der Paragraph, wonach die neu engagirten Mitglieder nach vier Wochen entlassen werden können, verleitet geradezu zu leichtsinnigen Theatergründungen. Und je zahlreicher diese Gründungen, desto größer der Zufluss junger Leute zur Theaterlaufbahn, desto größer das Schauspieler-Proletariat. Ich will heute nicht von anderen Praktiken, auch großstädtischer Theaterdirektoren sprechen, auch nicht eingehend davon, daß junge Damen für eine Gage angestellt werden, die kaum die Ausgaben für ihre Handschuhe deckt, wohl aber diese jungen Damen der Polizei gegenüber legitimirt, daß sie sich anständig ernähren. Sehr bedenklich ist doch aber die Bestimmung, die es dem Direktor gestattet, seine Mitglieder zu beschäftigen, wo es ihm beliebt. Daraufhin hat die Direktion des Lessingtheaters die in der „Orientreise“ nicht beschäftigten Mitglieder nach Hannover geschickt. Dort spielen sie für die Kasse des Lessingtheaters und erhalten täglich zehn Mark Diäten. Darunter sind Familienväter, die durch diese krämerhafte Geschäftspraxis der Direktion arg geschädigt werden, finanziell wie sozial — der Kontrakt ist aber nicht verletzt worden.

Das ist so Einzelnes aus der Berliner Theater-Misere. Jeder Tag kann Neues bringen, die Periode des Theatertrachs hat begonnen und das „Neue Theater“ des Herrn Löwenfeld, dessen Eröffnung immer wieder hinausgeschoben, nun für Anfang November angedroht wird, kann den Fortgang dieser Krachperiode nicht aufhalten.

Neues hat diese Woche auf den Brettern nicht viel gebracht. Im Residenztheater hat ein sehr übermütiger, sehr fechter, äußerst gewagter Schwank zweier Pariser „Im Pavillon“ (Le parfum) sehr gefallen. Es ist wohl das Neuerste, was auf der Bühne erlaubt ist; die Technik ist aber so vorzüglich, die Einzelheiten sind mit so, ich möchte fast sagen, gräßiger Eindeutigkeit durchgeführt, daß ich in die sittliche Entrüstung eines Theiles der Presse nicht einstimmen kann. Ich halte die versteckte Frivolität der „Orientreise“ und der Lindauschen Stücke für viel schlimmer. — Zur Columbusfeier wurde im Schauspielhause des 86-jährigen Karl Werder fünfzigjährige Columbusdichtung aufgeführt. Sie hat im Schluss sehr viel Schönes und gefiel sehr.

Neue Erkrankungen und Sterbefälle an der asiatischen Cholera sind nicht vorgekommen.

Köln, 14. Okt. Wie die "Kölner Volkszeitung" erfährt, ist bei einem vor 8 Tagen aus Ruhrort abgefahrenen Schiffer, welcher unterwegs in Maxau erkrankte, die ostasiatische Cholera festgestellt.

Krakau, 14. Okt. Seit der letzten Meldung ist hier Niemand an Cholera erkrankt und in den letzten vier Tagen an der Krankheit Niemand gestorben. Aus Płaszow bei Podgorze, sowie aus Niemowlomie wird je eine neue Erkrankung und aus Zwierzyniec ein Todesfall gemeldet.

Pest, 14. Okt. Von gestern Abend 6 Uhr bis heute Abend 6 Uhr sind 31 Choleraerkrankungen und 8 Todessfälle angemeldet.

### Aus dem Gerichtsaal.

B.C. Berlin, 13. Okt. Die Strafkammer zu Neuwied hatte einen Bädermeister, welcher auf Grund einer Polizeiverordnung angeklagt worden war, den revidirenden Polizeibeamten die nach bestimmten Gewichten zu verlaufenden Waaren auf Verlangen nicht vorgelegt und vorgeworfen zu haben, freigesprochen, wogegen die Staatsanwaltschaft Revision einlegte. Die Oberstaatsanwaltschaft schloß sich derselben an, der Strafgerichtshof aber wies dieselbe heute unter folgender Aussöhnung zurück: Wenn es auch zulässig ist, durch Polizeiverordnung zu bestimmen, daß die zum öffentlichen Verkauf gestellten Waaren nach Gewicht verkauft werden, so ist doch eine dahin gehende Bestimmung unzulässig, daß den mit der Revision betrauten Polizeibeamten die Waaren vorzulegen und vorzuwiegeln sind, da die von der Staatsanwaltschaft angezogenen §§ 1 und 74 der Gewerbeordnung hierzu keine Handhabe bieten. Will die Polizei die Richtigkeit des Gewichts feststellen, so muß sie in derselben Weise verfahren, wie es im Nahrungsmittelgesetz vorgeschrieben ist, nämlich die Waare ankaufen und selbst nachwiegen.

B.C. Berlin, 13. Okt. Der katholische St. Josephsverein zu Meerhof in Westfalen hatte am 26. Dezember v. J. ein Christbaumfest gefeiert, wobei kleine Theateraufführungen, Deklamationen und Gesangsvorläufe vorkamen und woran sich auch Nichtmitglieder gegen Zahlung eines kleinen Eintrittsgeldes beteiligen konnten. Der Vereinsvorsitzende wurde hierauf auf Grund einer Regierungspolizeiverordnung vom Jahre 1879, weil er nämlich zu den betr. Aufführungen, welche als schauspielerisch erachtet wurden, nicht vorher die polizeiliche Genehmigung eingeholt hatte, angeklagt, aber vom Schöffengericht und der Strafkammer zu Paderborn freigesprochen. Die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft wurde heute vom Strafgerichtshof mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Verordnung sich nur auf gewerbsmäßige Gast- und Schankwirthschaft beziehen könne und, da nicht festgestellt sei, daß der Angeklagte zu dieser Kategorie gehöre, auf denselben auch keinen Bezug habe.

### Bermischtes.

Aus der Reichshauptstadt, 14. Okt. Die am 11. Oktober, dem Geburtstage des 5-jährigen Bestehens im Architektenhause abgehaltene Briefmarken-Vorlese gestaltete sich bei recht zahlreichem Besuch zu einer besonders feierlichen Zusammenkunft vieler früherer und jetziger Interessenten und entwickelte sich infolge der Anwesenheit der größeren Sammler und Händler, sowie der ältesten Philatelisten aus den über Jahren zu einer in dieser Art noch nicht dagewesenen Versammlung von Spezialisten. Was den geschäftlichen Theil selbst anbelangt, so machte sich die Nachfrage nach Markttätern recht bemerkbar und konnte in Mecklenburger-, Oldenburger-, Lübecker- und Sachsen-Märkten in allen Werthen gedeckt werden, auch Quadratauschnitte von Briefumschlägen fanden leicht Nehmer. Von direkter Zuwendung aus Honolulu wurden Marken verschiedener Werthe bis zu 1 Dollar in kleineren Posten mit wenig über Nominalwerth gekauft, während ganze Sätze alter und neuer Perier, aus Tiflis im Kaufhaus dem Makler eingefand, fast vollständig vernachlässigt blieben. Allgemeines Interesse erregte als Marität die blaue<sup>1</sup>, farne Marken von Neapel mit dem Savoia-Kreuz auf einem Exemplar der italienischen Zeitung "Giornale ufficiale di Napoli" 1860 Nr. 100 aufgeklebt für 100 M. Ganzsachen in mangelhafter Ordnung waren in größeren Posten stark im Angebot, jedoch war der Umsatz, soweit sich vom Vorstande dies beurtheilen ließ, nicht bedeutend. Auch für Nord-Borneomarken, 5 und 10 Dollars, Voltvar 5 und 10 Pesos und ähnliche Exoten zeigte sich selbst bei mäßigen Preisen keine Neigung. Mittlere Alben blieben wegen zu hoher Forderung unverkauft. Die Einforderer gehen bei der Limitierung von der irrigen Ansicht aus, daß für gangbare Marken Katalogpreise erzielt werden können, während für Alben bis zu 2000 Stück jeder Händler gern zu halben Katalogpreisen liefert. Als Nachfeier findet am 22. Oktober im Architektenhause ein Herrenabend (Kouvert 2,50 M.) statt, zu welchem durch Mitglieder eingeführte Gäste Zutritt haben. Anmeldungen nimmt der Kassirer W. Stöber, Prinzenstraße 18 entgegen. Nächste Börse 25. Oktober d. J.

Die amtielle Übergabe des Rektorats der Berliner Universität an Professor Rudolf Virchow ist Freitag Abend um 6 Uhr im Senatsaal erfolgt. Zu diesem Zwecke war derselbst die Gesamtheit der ordentl. Professoren vereinigt. Der bisherige Rektor, Wilhelm Förster, machte zunächst Mitteilungen über die wichtigsten Universitäts-Begebenheiten während seines Amtsjahres und proklamierte Herrn Prof. Virchow als neuen Rektor. Sodann übergab Geh.-Rath Förster seinem Nachfolger die Siegel und die Schlüssel der Hochschule, indem er ihm zugleich die Aufsicht über die Registratur übertrug. Hierauf verabschiedete sich Prof. Förster von den Beamten der Universität, dankte ihnen durch Händedruck für ihre erprobte Mühewaltung und stellte sie dem neuen Rektor vor, der sie ersuchte, auch ihm während seiner Amtszeit die gleiche Pflichttreue zu bewahren. Vorher waren bereits die Professoren zur Wahl von fünf Senatsmitgliedern geschriften, deren Namen am Sonnabend bei der feierlichen Rektoratsübergabe werden verlesen werden.

Der Birkus-Direktor Albert Schumann ist bereits wieder in Wien eingetroffen. Das von Frau Direktor Clara Schumann persönlich eingereichte Gnadenbrevier hatte Kaiser Wilhelm von Weimar aus telegraphisch erledigt. Direktor Schumann war nur zehn Tage in Haft. Die Beendigung dieser Militärlagerzeit wird übrigens eine Trauung zur Folge haben. Direktor Schumann wurde mit seiner Lebensgefährten Frau Schumann-Happé in Stockholm standesamtlich getraut; da aber nothwendige Papiere wegen der "Fahnenflucht" nicht herbeigeschafft werden konnten, hatte die Ehe außerhalb Skandinavien keine Gültigkeit. Erst jetzt nach der Begnadigung konnten die Papiere beschafft werden, und so soll denn die kirchliche Trauung nächster Tage in Wien erfolgen.

### Telegraphische Nachrichten.

Potsdam, 14. Okt. Der Kaiser traf mittelst Sonderzuges Nachmittags 2½ Uhr hier ein und begab sich sofort zu Wagen nach dem Marmorpalaiz.

Swinemünde, 14. Okt. Im Auftrage des in London befindlichen Wiederkaufs des Nelsonschen Flaggschiffs "Foudroyant" zusammengetretenen Komitees ist heute Kapitän Nicolson hier ein-

getroffen, um das Schiff auf seine Seetauglichkeit zu besichtigen und dessen Bestände aufzunehmen. Die Abbrucharbeiten sind seit Montag gegen eine garantirte tägliche Entschädigung von 10 Pf. Sterling eingestellt. Die Kaufsumme des zu einem Nelson-Museum bestimmten Schiffes ist in London deponirt.

Hamburg, 14. Okt. Der Hamburger Pacific-Dampfer "Dresdemona", welcher in der Magdehauserstraße strandet war, ist ohne fremde Hilfe wieder abgekommen und hat seine Reise fortgesetzt.

München, 14. Okt. Wie der "Generalanzeiger" meldet, hat Bruno Böhlert den Vorfall in dem secessionistischen Künstlerverein niedergelegt. Zu seinem Nachfolger ist Walter Dill gewählt worden.

In Brixen (Niederbayern) haben bei der Fundamentierung des Kirchenbaues zwei Arbeiter durch Verschüttung das Leben eingebüßt.

München, 14. Okt. Kaiser Wilhelm hat an den Prinzen und die Prinzessin Leopold eine Einladung zur Bathenschaft bei der jüngst geborenen Prinzessin, deren Taufe am 22. d. Mts. stattfinden soll, ergehen lassen. Prinz und Prinzessin Leopold haben die Einladung angenommen.

Leipzig, 14. Okt. Das Reichsgericht verhandelte heute über die Revision des Bankiers Veltzinger, welcher am 12. August wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Heblerei zu 10 Jahren Buchthaus verurtheilt wurde, während Kommerzienrat Wolff, der keine Revision eingereicht hat, wegen Unterschlagung zu 10 Jahren Verlust gestellt wurde. Die Revision wurde verworfen.

Wien, 14. Okt. Der deutsche Kaiser hat dem Kommandeur des 2. Armeekorps Feldzeugmeister v. Schönfeld die Brillanten zum Großkreuz des Roten Adlerordens, dem Oberstjägermeister Grafen Abensperg-Traun das Großkreuz des Roten Adlerordens und dem Kavallerie-Inspektor Feldzeugmeister v. Gagern das Großkreuz des Kronenordens verliehen.

Wien, 14. Okt. Der Großfürst-Thronfolger von Russland traf heute früh 6 Uhr mittelst Sonderzuges auf dem Nordbahnhof hier ein und setzte um 7 Uhr 20 Min. ohne den Wagen verlassen zu haben, die Reise nach Italien fort.

Gödöllö, 14. Okt. Kaiser Franz Josef ist heute früh hier eingetroffen.

Pest, 14. Okt. Der Budgetausschuß der Reichsratsdelegation berief das Heeresbudget. Gym trat den Neuerungen des Grafen Kalnoky, daß die Bewohnerungen sich an große Heeresbudgets, als ein chronisches Lebel gewöhnen, entgegen und hofft, sie seien im Gegenthile empfindlicher geworden. Der Redner erblieb den Grund der Kriegslast Österreich-Ungarns in der Dreihund-Bölttl, wünscht eine zweijährige Präsenzdieneit, wenn sie auch mit einer Erhöhung des Präsenzstandes und mit neuen Finanzlasten verbunden sei, befürwortet ferner eine geringere Aengstlichkeit betreffend den nationalen Geist in der Armee und wünscht schließlich die Anwendung der Ungarn gemachten sprachlichen Einräumungen auf die böhmische Sprache. Im weiteren Verlaufe der Sitzung trat der Delegierte Dumbla den Ausführungen Gym's in entschiedenster Weise entgegen, indem er betonte, daß die Schlagfertigkeit der Armee die erste Aufgabe sei. Die Rücksicht auf die Nationalitäten komme erst in zweiter Linie in Betracht.

Pest, 14. Okt. Der auswärtige Ausschuß der ungarischen Delegation votierte nach Kalnoky's Exposé einstimmig ein Vertrauensvotum und nahm das Budget des Heeres an. — Der Budgetausschuß der Reichsratsdelegation nahm in der Abendsitzung das Ordinarium und das Extraordinarium des Heeresbudgets an.

Mailand, 14. Okt. Die Kaiserin Friedrich ist mit der Prinzessin Margaretha und dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen heute Vormittag 11 Uhr 15 Min. nach Monza abgereist, um einer Einladung des Königs und der Königin zum Dejeuner zu folgen.

Genua, 14. Okt. Heftige Regengüsse haben von Neuem in Genua und Umgebung viel Schaden verursacht. Die Ortschaft Busalla steht vollständig unter Wasser. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Paris, 14. Okt. In den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres betrug die Einfuhr Frankreichs 3394 Millionen Francs gegen 3471 Millionen Frs. in derselben Zeit des vorigen Jahres. Die Ausfuhr belief sich während desselben Zeitraumes auf 2652 Millionen Frs. gegen 2555 Millionen im Vorjahr. Im September d. J. wurde an Nahrungsmitteln für 82 Millionen Frs. weniger als im September 1891 eingeführt.

Paris, 14. Okt. Marquis Solages, einer der Verwaltungsräthe der Bergwerke in Carmaux und Deputirter des Departements Tarn gab seine Entlassung als Deputirter in der Erwartung, daß die Niederlegung seines Mandates der Beseitigung des Konflikts in Carmaux förderlich sein werde.

Carmaux, 14. Okt. Gendarmen und Jäger zu Pferde zerstreuen fortwährend die sich immer neu ansammelnden Gruppen der Streikenden. Es kam wiederholt zu thätilichen Zusammenstößen. Der Deputirte Baudin, der von den Pferden der Gendarmen zurückgedrängt wurde, drohte, sich seines Revolvers bedienen zu wollen.

London, 14. Okt. In Chester ist der konservative Kandidat Master mit 427 Stimmen an Stelle des verstorbenen Deputirten Winterbotham zum Deputirten für Cirencester gewählt worden. Der Gladstoneaner Lawton erhielt 3 Stimmen weniger als Master. Die Konservativen haben somit einen Sitz gewonnen.

London, 14. Okt. Der französische Anarchist François, welcher unter der Anklagebildung, ein Genosse Rabachols bei der Explosion im Restaurant Béry in Paris gewesen zu sein, gestern zwecks seiner Auslieferung verhaftet worden war, erschien heute vor dem Polizeigericht in der Bow-Street. Die Angelegenheit wurde jedoch auf 8 Tage vertagt.

Athen, 14. Okt. Für die anlässlich der silbernen Hochzeit des Königs und der Königin geplante Flottenkonzentrirung im Piräus ist außer der Theilnahme eines französischen Geschwaders auch diejenige des englischen Mittelmeergeschwaders, welches gestern in Nauplia eingetroffen ist, in Aussicht genommen. Auch Italien hat, wie verlautet, die Absicht ausgesprochen, ein Geschwader zu senden. Der russische Großfürst Thronfolger wird von mehreren russischen und einem dänischen Schiffe begleitet sein.

Genua, 15. Okt. In Trafo ist in Folge der Überschwemmung ein Haus eingestürzt. Aus den Trümmern wurden drei Leichen hervorgeholt.

Paris, 15. Okt. Meldungen aus Buenos-Ayres zu-

sfolge beabsichtige der neue Finanzminister die Argentinische Nationalbank in eine reine Privatbank umzuwandeln.

Carmanz, 15. Okt. Heute fand eine Versammlung der streikenden Bergarbeiter statt, worin revolutionäre Reden gehalten wurden. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, welche besagt, die Streikenden von Carmaux lenken die Aufmerksamkeit der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs auf die unwürdigen Provokationen, deren Gegenstand sie seien. Sie seien aber entschlossen, den Kampf für die Vertheidigung des allgemeinen Stimmrechts und die Republik fortzuführen.

Sevilla, 15. Okt. Die anlässlich der Columbusfeier versammelten Kriegsschiffe haben den Hafen wieder verlassen.

### Handel und Verkehr.

\*\* Berlin, 14. Okt. Die Serbischen Spezialklassen führten an die Berliner Abrechnungsstelle für den Kuponservice des 2. Semesters cr. bis Ende August 1 419 339,46 Franks, hierzu im Monat September 800 000 Franks, zusammen 2 219 339,46 Franks ab.

\*\* Wien, 14. Okt. Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahn (österreichisches Netz) vom 1. bis 10. Okt. 730 248 fl. Minderentnahme gegen den entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres 73 875 fl.

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Okt. Morgens 0,10 Meter.  
= 14. = Mittags 0,32 =  
= 1b. = Morgens 0,26 =

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur in Grad
14. Nachm. 2	757,6	O stürmisch	heiter	+13,1
14. Abends 9	756,5	O SO stark	halbheiter	+ 9,7
15. Morgs. 7	753,1	O SO stark	bedeckt	+ 8,4
Am 14. Okt.	Wärme-Maximum 18,1° Cels.			
Am 14.	Wärme-Minimum + 4,5°			

### Produkten- und Börsenberichte.

#### Bonds-Kurse.

Hamburg, 14. Okt. Fest.  
Gold in Barren pr. Kilo 2790 Br., 2786 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 114,85 Br., 114,35 Gd.

Breslau, 14. Okt. (Schlußkurie.) Unbelebt.

Neue Proz. Reichsanleihe 87,00, 3%, proz. L.-B. Sandhr. 800, Kontrol. Türk. 22,05, Türk. Loos 90,00, Proz. ung. Goldrente 95,50, Bresl. Distriktsbank 98,00, Breslauer Wechslerbank 97,50, Kreditatt. 166,75, Schles. Bankverein 113,10, Donnersmarckhütte 80,00, Flöther Maschinenbau 116,00, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 116,00, Oberschles. Eisenbahn 51,75, Oberschle. Bortland-Zement 71,50, Schles. Cement 114,00, Oppeln. Zement 85,40, Schl. D. Cement 125,00, Kramia 125,00, Schles. Glashütten 185,00, Laurahütte 110,40, Verein. Delfsbr. 94,00, Oesterreich. Banknoten 170,15, Russ. Banknoten 204,15, Giebel Cetem 73,50.

Frankfurt a. M., 14. Okt. (Schlußkurie). Fest.

Bond. Wechsel 20,355 Proz. Reichsanleihe 107,15 österr. Silberrente 81,90, 4% proz. Papierrente —, do. 4proz. Goldrente 97,90, 1860er Loos 124,00, 4proz. und. Goldrente 95,30, Italiener 92,50, 1880er Russen 97,20, 3. Orientali. 66,70, unifiz. Egypter 99,60, ton. Türk. 22,00, 4proz. türk. Anl. 87,30, 3proz. port. Anl. 24,30, 5proz. serb. Renten 75,00, 5proz. amort. Rumänter 97,30, 6proz. toniol. Mexik. —, Böhm. Weißbahn 295, Böhm. Nordb. 156, Franzosen —, Galizier 183, Gotthardbahn 155,00, Lombarden 86, Lübeck-Büchen 144,50, Nordwestbahn 178, Kreditatt. 265, Darmstädter 136,00, Mitteld. Kredit 98,10, Steichsb. 150,90, Dist. Kommandit 186,00, Dresden. Bank 142,70, Pariser Wechsel 80,866, Wiener Wechsel 170,07, serbische Tabakrente 75,40, Bohum. 65, Hütte 123,30, Dortmund. Union 56,00, Harpener Werkwerk 132,70, Hibernia 115,80, 4proz. Spanier 64,30, Matzner 114,40, Privatdet. 2½ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditatt. 266, Dist. Kommandit 186,10, Harpener —.

Buenos-Ayres, 13. Okt. Golbagio 217,00.

